

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 4. MÄRZ 2010

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Rehn teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die derzeitigen Zinssätze sind nach wie vor angemessen. Unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 4. Februar 2010 verfügbar geworden sind, dürfte die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleiben. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet auf dem richtigen Weg ist, wenngleich sie weiterhin uneinheitlich verlaufen dürfte. Insgesamt rechnet der EZB-Rat mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010 in einem Umfeld, das von anhaltender Unsicherheit geprägt ist. Die Ergebnisse der monetären Analyse bestätigen die Einschätzung eines mittelfristig geringen Inflationsdrucks. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung an den Finanzmärkten haben wir auf der heutigen Sitzung auch erörtert, wie die allmähliche Rücknahme unserer Sondermaßnahmen weiter vonstatten gehen soll. In diesem Zusammenhang haben wir beschlossen, sowohl die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRGs) als auch die Refinanzierungsgeschäfte mit Sonderlaufzeit von einer Erfüllungsperiode so lange wie erforderlich, jedoch mindestens bis zum Ende der neunten Mindestreserve-Erfüllungsperiode dieses Jahres am 12. Oktober 2010, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Bei den Refinanzierungsgeschäften mit Sonderlaufzeit entspricht der Festzins dem für das jeweilige HRG geltenden Zinssatz (Hauptrefinanzierungssatz). Ferner hat der EZB-Rat beschlossen, die regelmäßigen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit dreimonatiger Laufzeit (LRGs) – beginnend mit dem am 28. April 2010 zuzuteilenden Geschäft – wieder als Zinstender durchzuführen. Die Zuteilungsbeträge bei diesen Geschäften werden so festgelegt, dass ausgewogene Bedingungen an den Geldmärkten sichergestellt werden und eine deutliche Differenz zwischen den Tendersätzen und dem geltenden Hauptrefinanzierungssatz vermieden wird. Außerdem hat der EZB-Rat beschlossen, dass der Zinssatz für das am 31. März 2010 zuzuteilende LRG mit sechsmonatiger Laufzeit – im Einklang mit dem Beschluss zu dem am 16. Dezember 2009 durchgeführten LRG mit zwölfmonatiger Laufzeit – dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz der während der Laufzeit dieses Geschäfts durchgeführten HRGs entsprechen wird.

Durch die heutigen Beschlüsse versorgt das Eurosystem das Bankensystem im Euro-Währungsgebiet weiterhin zu sehr günstigen Bedingungen mit Liquidität und erleichtert damit die Bereitstellung von Krediten an den Euroraum. Gleichzeitig beugen die Beschlüsse Verzerrungen vor, die sich aus der länger als erforderlichen Aufrechterhaltung von Sondermaßnahmen ergeben. Der EZB-Rat wird die allmähliche Rücknahme der außerordentlichen Liquiditätsmaßnahmen fortführen. Die bereitgestellte Liquidität wird bei Bedarf abgeschöpft, um jeglicher Gefahr für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht effektiv entgegenzuwirken.

Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. In den vergangenen Quartalen hat das Euro-Währungsgebiet weiterhin von den umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen und den zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Bankensystems ergriffenen Maßnahmen profitiert sowie von der anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft. Der ersten Veröffentlichung von Eurostat zufolge belief sich die vierteljährliche Wachstumsrate des realen BIP im Euroraum im Schlussquartal 2009 auf 0,1 %, nachdem sie im dritten Jahresviertel 0,4 % betragen hatte. Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass die wirtschaftliche Erholung im Eurogebiet auf dem richtigen Weg ist, wenngleich sie weiterhin uneinheitlich verlaufen dürfte. In diesem Zusammenhang spielen einige Sonderfaktoren, einschließlich ungünstiger Witterungsbedingungen in Teilen des Euroraums im ersten Quartal 2010, eine wichtige Rolle. Angesichts dieser uneinheitlichen Entwicklung ist es zweckmäßig, die vierteljährliche Volatilität weniger zu beachten und die Wachstumsentwicklung auf halbjährlicher Basis zu vergleichen. Mit Blick auf die Zukunft erwartet der EZB-Rat ein nach wie vor moderates Wachstum des realen BIP im Jahr 2010. Ausschlaggebend hierfür ist der in zahlreichen Sektoren anhaltende Prozess der Bilanzanpassungen und die Erwartung, dass sich die geringe Kapazitätsauslastung dämpfend auf die Investitionen auswirken dürfte und dass die eingetrübten Arbeitsmarktaussichten zu einer Abschwächung des Verbrauchs führen.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den im März 2010 von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet wider, die davon ausgehen, dass das jährliche Wachstum des realen BIP im Jahr 2010 zwischen 0,4 % und 1,2 % und im Jahr 2011 zwischen 0,5 % und 2,5 % liegen wird. Verglichen mit den im Dezember 2009 veröffentlichten von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen hat sich die für das Wachstum des realen BIP im laufenden Jahr projizierte Bandbreite geringfügig verringert, während sie für das

kommende Jahr leicht nach oben korrigiert wurde, was auf eine deutliche weltweite Konjunkturbelebung zurückzuführen ist.

Der EZB-Rat ist nach wie vor der Auffassung, dass die Risiken für diesen Ausblick in einem Umfeld, das von anhaltender Unsicherheit geprägt ist, weitgehend ausgewogen sind. Einerseits könnte das Vertrauen stärker zunehmen als zuvor angenommen, und sowohl die Weltwirtschaft als auch der Außenhandel könnten sich schneller erholen als projiziert. Des Weiteren könnten die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie andere wirtschaftspolitische Maßnahmen stärkere Auswirkungen haben als erwartet. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken bezüglich einer im Vergleich zu den Erwartungen stärkeren oder länger andauernden negativen Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor, erneuter Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, sich verstärkender Protektionismusbestrebungen und erneuter Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten sowie der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung betrifft, so lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Euro-Währungsgebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Februar 2010 bei 0,9 % nach 1,0 % im Vormonat. Auf kurze Sicht dürfte die Inflation bei rund 1 % liegen und über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleiben. Es wird erwartet, dass die Preis-, Kosten- und Lohnentwicklung analog zu einer langsamen Erholung der Nachfrage im Euroraum wie auch in der übrigen Welt insgesamt nach wie vor gedämpft verläuft. In diesem Zusammenhang gilt es zu betonen, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert sind, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den im März 2010 von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet wider, die davon ausgehen, dass die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate im Jahr 2010 zwischen 0,8 % und 1,6 % und im Jahr 2011 zwischen 0,9 % und 2,1 %

liegen wird. Im Vergleich zu den im Dezember 2009 veröffentlichten Projektionen von Experten des Eurosystems wurde die Bandbreite für 2010 geringfügig nach unten und die Bandbreite für 2011 leicht nach oben korrigiert.

Die Risiken in Bezug auf diese Aussichten sind nach wie vor weitgehend ausgewogen. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Konjunktur und der Rohstoffpreise. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so kehrte sich die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Januar 2010 mit 0,1 % leicht ins Positive. Diese Entwicklung ist vornehmlich auf einen Basiseffekt zurückzuführen und bestätigt die Einschätzung eines nach wie vor schwachen Geldmengenwachstums. Zusammen mit dem negativen jährlichen Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor (in Höhe von -0,6 % im Januar 2010) stützen die aktuellen Daten die Einschätzung, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der von der Geldmengenentwicklung ausgehende Inflationsdruck auf mittlere Sicht gering ist. Auch in den kommenden Monaten dürften die Geldmenge M3 und die Buchkredite an den privaten Sektor weiterhin nur schwach wachsen.

Zugleich dürfte die tatsächliche Geldmengenentwicklung aufgrund des Abwärtsdrucks, der vom steilen Verlauf der Zinsstrukturkurve ausgeht, schwächer ausfallen als die Grunddynamik des Geldmengenwachstums. Zum einen wird dadurch die Umschichtung von Mitteln aus M3 zugunsten längerfristiger Anlagen und Wertpapiere gefördert. Zum anderen lässt die enge Zinsdifferenz zwischen den verschiedenen in M3 enthaltenen Instrumenten jedoch auf niedrige Opportunitätskosten für die Haltung der liquidesten Komponenten des Geldmengenaggregats M1 schließen, das sein Wachstum im Januar mit einer robusten Jahresrate von 11,5 % fortsetzte.

Hinter dem negativen jährlichen Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor verbergen sich anhaltend gegensätzliche Entwicklungen: ein positives und stärkeres Jahreswachstum der Kredite an private Haushalte einerseits sowie ein negatives und rückläufiges Jahreswachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften andererseits. Diese Differenzen stehen im Einklang mit historischen Verlaufsmustern und konjunkturellen Regelmäßigkeiten, die darauf hindeuten, dass die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nach der Wiederbelebung der Konjunktur noch einige Zeit schwach bleiben dürfte. Gleichzeitig haben sich die Finanzierungskosten der Unternehmen verringert, und der gesamte Sektor hat nach wie vor die marktbasiertere Finanzierung als Ersatz für die Bankfinanzierung intensiv genutzt.

Die Banken haben ihre Bilanzsummen in den vergangenen Monaten weiter verringert, aber sie stehen weiterhin vor der Herausforderung, diese Anpassung zu organisieren und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Krediten für den nichtfinanziellen Sektor sicherzustellen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten die Banken die verbesserten Finanzierungsbedingungen zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nutzen und gegebenenfalls die staatlichen Stützungsmaßnahmen hinsichtlich der Rekapitalisierung voll ausschöpfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 4. Februar 2010 verfügbar geworden sind, dürfte die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleiben. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet auf dem richtigen Weg ist, wenngleich sie weiterhin uneinheitlich verlaufen dürfte. Insgesamt rechnet der EZB-Rat mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010 in einem Umfeld, das von anhaltender Unsicherheit geprägt ist. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt die Einschätzung eines mittelfristig geringen Inflationsdrucks. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet

bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird. Die Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so stellen hohe staatliche Defizite und Schuldenstände eine zusätzliche Belastung für die Geldpolitik dar und schwächen den Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grundpfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist von höchster Bedeutung, dass in den Stabilitätsprogrammen der einzelnen Euro-Länder klar definierte finanzpolitische Ausstiegs- und Konsolidierungsstrategien für die kommende Zeit verankert werden. Dies erfordert entschlossene Anstrengungen, insbesondere in Ländern mit hohen Defizit- und Schuldenquoten. Von allen Ländern wird erwartet, dass sie ihren Verpflichtungen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nachkommen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sollte spätestens 2011 beginnen und wird deutlich über die jährliche Anpassung von 0,5 % des BIP hinausgehen müssen, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt als Mindestanforderung festgelegt ist. Dabei sollten vor allem Ausgabenreformen im Vordergrund stehen. Am 3. März 2010 gab der EZB-Rat eine Erklärung zu den von der griechischen Regierung angekündigten zusätzlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ab.

Eine der größten Herausforderungen in allen Ländern des Euroraums besteht darin, **Strukturreformen** zu beschleunigen, um ein nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Es sollten Maßnahmen eingeleitet werden, die freien Zugang zu den Märkten ermöglichen und den Wettbewerb verstärken. Insgesamt kommt es darauf an, den Weg für langfristige Investitionen in Innovationen zu ebnen, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu schaffen. Die sektoralen Unterstützungsprogramme, die zur Bewältigung der unmittelbaren Folgen der Krise umgesetzt wurden, sollten nun eingestellt werden. An den Arbeitsmärkten sind eine moderate Lohnsetzung in einigen Volkswirtschaften und ein hinreichendes Maß an Arbeitsmarktflexibilität erforderlich, um eine höhere strukturelle Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren zu vermeiden. Diese

Strukturreformen sollten durch eine angemessene Umstrukturierung des Bankensektors unterstützt werden. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz der Banken sowie die Gewährleistung eines adäquaten Zugangs zu Finanzmitteln und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität geht.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.